

»» Wo sollen all die Kinder hin? Investitionsrückstand in Schulen und Kitas steigt weiter



Nr. 162, 15. August 2018

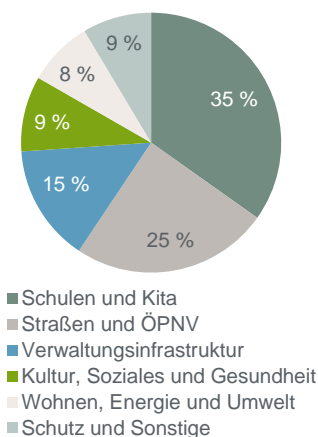
Autoren: Dr. Stephan Brand, Telefon 069 7431-6257, stephan.brand@kfw.de
Dr. Johannes Steinbrecher, Telefon 069 7431-2306, johannes.steinbrecher@kfw.de

Ausgangslage: steigende Bedarfe, aber begrenzte Kapazitäten

Mit dem Ende der Ferienzeit stellt sich für viele Schüler vermutlich wieder die Frage, in welche Schulen sie zurückkehren. Nicht nur, dass ein Großteil der deutschen Schulen sanierungsbedürftig ist.¹ Angesichts steigender Schülerzahlen nimmt auch der Flächenbedarf zu, und damit der Bedarf an zusätzlichen Klassenräumen und Schulen.²

Die Kommunen stellt diese Entwicklung vor neue Herausforderungen, auch weil der Zuwachs an Einwohnern und neuen Schülern regional sehr ungleich verteilt ist: Hohe Ausbaubedarfe in stark wachsenden Regionen; Überkapazitäten und damit Rückbaubedarf in schrumpfenden Regionen.

Grafik 1: Wahrgenommener Investitionsrückstand der Kommunen



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2018.

Neben den demografischen Mehrbedarfen erhöhen auch die qualitativen Ambitionen, wie der flächendeckende Ausbau der Ganztagsbetreuung die Investitionsbedarfe der Kommunen.

¹ Vgl. [KfW Research Volkswirtschaft Kompakt Nr. 154](#).

² Die Kultusministerkonferenz geht in ihrer aktuellen Schätzung von rd. 300.000 zusätzlichen Schülern 2030 im Vergleich zu 2016 aus, der Großteil des Anstieges davon in der Primarstufe sowie der Sekundarstufe I. Vgl. [Pressemitteilung der Kultusministerkonferenz](#) vom 04.05.2018.

Zudem erschweren gegenwärtig Kapazitätsengpässe in Bauverwaltung und -wirtschaft die Umsetzung von Investitionen, sodass ein Anstieg des Investitionsrückstands die logische Folge ist.³

Ergebnis: Investitionsrückstand wächst deutlich

Diese Entwicklung zeigt sich auch im KfW-Kommunalpanel 2018: Mittlerweile hat der Bildungsbereich mit rd. 35 % den größten Anteil am Investitionsrückstand. Über 55 Mrd. EUR der insgesamt fast 159 Mrd. EUR entfallen auf Bildung und Kinderbetreuung (siehe Grafik 1), davon allein fast 48 Mrd. EUR auf die Schulen. Betroffen sind insbesondere größere Städte und Gemeinden. Regional lässt sich der Anstieg vor allem in Nordrhein-Westfalen und Süddeutschland verorten (siehe Grafik 2).

Zwar steigen auch die Investitionsausgaben für Schulen und Kitas seit einigen Jahren wieder, allerdings nicht schnell genug, um mit den Bedarfen Schritt zu halten: Das Verhältnis von Investitionsausgaben zu Investitionsrückstand lag 2017 bei rd. 15%.⁴ Selbst wenn die Kommunen ihre gesamten Investitionsausgaben in den Abbau des Rückstands stecken könnten, würde der Abbau immer noch fast sieben Jahre dauern. Da aber auch der Unterhalt gewährleistet werden muss und zeitgleich neue Bedarfe entstehen, dürfte der tatsächlich zu veranschlagende Zeitraum deutlich höher sein.

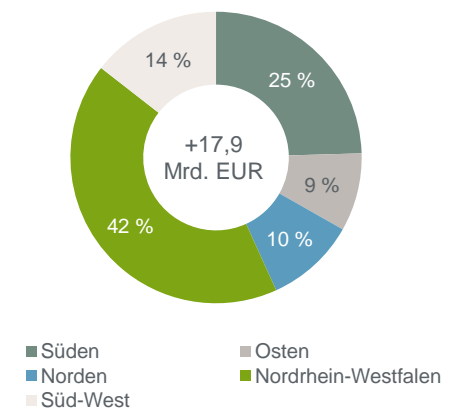
Der Weg zum Abbau des Rückstands ist offensichtlich lang, insbesondere, da in den letzten Jahren spürbare Preissteigerungen bei (öffentlichen) Bauaufträgen zu beobachten waren. Ein Großteil der

³ Zur Diskussion der Entwicklung des kommunalen Investitionsrückstands siehe [KfW-Kommunalpanel 2018](#).

⁴ Im KfW-Kommunalpanel 2018 werden für 2017 Investitionen i. H. v. 7,3 Mrd. EUR für Schulen und Kita geschätzt, für 2018 sogar 8,3 Mrd. EUR. Dabei ist allerdings unklar, ob diese Volumina auch tatsächlich umgesetzt werden können.

Mehrausgaben geht somit allein in höhere Preise und nicht unbedingt in mehr oder bessere Schulen und Kitas.

Grafik 2: Anstieg des Investitionsrückstands in Schulen und Kita



Anmerkung: Anteil der Region am Anstieg des Investitionsrückstands bei Schulen und Kita in Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2018

Fazit: Langfristige Verbesserung nur durch strukturelle Lösungen möglich Bildung ist und bleibt eine zentrale Säule für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Die Schulen und Kindertagesstätten sind das Fundament dieser Säule.⁵ Mehr Investitionen sind notwendig und sinnvoll. Der gegenwärtige Engpass ist aber das Ergebnis jahrzehntelanger politischer Entscheidungen und kann nur langfristig abgebaut werden.

Das Ziel darf nun nicht „investieren um jeden Preis“ sein. Es muss eher darum gehen, Kommunen langfristig wieder in die Lage zu versetzen, leistungsfähige Bildungsinfrastruktur bereitzustellen. Einmalige Investitionsprogramme helfen zwar kurzzeitig, notwendig sind aber vor allem strukturelle Verbesserungen der kommunalen Finanzausstattung und eine nachhaltige Erhöhung kommunaler Investitionskapazitäten. ■

⁵ Vgl. [KfW Research Fokus Volkswirtschaft Nr. 143](#).